

Ressort: Politik

Deutsche Behörden weisen knapp 2.000 Osteuropäer aus

Berlin, 18.10.2014, 08:21 Uhr

GDN - Deutsche Behörden haben zwischen Januar 2013 und Ende August 2014 fast 2.000 Zuwanderern aus Osteuropa das Aufenthaltsrecht entzogen. Das berichtet "Bild" (Samstag) unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken im Bundestag.

Danach wurden 1.946 Zuwanderer aus den osteuropäischen EU-Staaten wieder in ihre Heimatländer geschickt. Am häufigsten wurde rumänischen Staatsbürgern das Aufenthaltsrecht entzogen: Nach "Bild"-Angaben mussten 946 Rumänen Deutschland verlassen. Außerdem verloren 555 Polen, 279 Bulgaren und 166 Litauer das Aufenthaltsrecht in Deutschland. Nach dem Freizügigkeitsgesetz können EU-Ausländer das Aufenthaltsrecht verlieren, wenn sie keine Arbeit finden oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-42968/deutsche-behoerden-weisen-knapp-2000-osteuropaeer-aus.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619